Bezugsgebühr: Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bes. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Uhren und Goldwaren anerkannt beste Bezugsquelle Gustav Smy, Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Strasse.

Zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die **Dresdner Nachrichten** empfiehlt sich **Erdmann Hindorf** 10 Sachsen-Allee 10 Agentur- und Kommissions-Geschäft.

Radikalin das beste und billigste für **Fliegentötung.** Nur giftfrei in gelben Beuteln. — Verkauf in allen Drogenhandlungen. Fabrik: Neusalza, Sa.

Biesolt & Lockes Meissner Nähmaschinen haben Weltruf! Haupt-Niederlage bei **M. Eberhardt, Mechaniker** Dresden, Marienstrasse 14. Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Sonnenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 47 Amalienstrasse 6.

Nr. 227. Spiegel: Ultramontaner Parteitag. Fernsprechverkehr. Zum Drama im „Invalidendank". Sächsische Volkswörter. Nordischer Unionsstreit. Deutsch-Südwestafrika. Friedenskonferenz. | Mutmaßl. Witterung: **Kühler, bedeckt.** | **Donnerstag, 17. August 1905.**

Der ultramontane Parteitag

wird in diesem Jahre vom 20. bis zum 24. August in Straßburg im Elsaß stattfinden. Die „Germania" bemüht sich in einer Voranschau auf die Veranstaltung krampfhaft, den „Nachweis" zu führen, daß diejenigen im Unrecht seien, die bei solchen Gelegenheiten von einer „politischen Zentrumsparade" zu sprechen sich unterfingen. Da es nun aber bekanntermaßen selbst der kniffligsten jesuitischen Dialektik unmöglich ist, eine augenscheinlich krumme Sache gerade zu machen, so kommt bei dem ganzen Bemühen nichts weiter heraus als ein höchst affektierter Eiertanz. Zuerst versichert das ultramontane Blatt pathetisch, daß die alljährlichen „Katholiken-Versammlungen" keine Parteiversammlungen seien und keine Parteipolitik trieben. Dann wird so nebenbei erklärt, es sei doch „ganz natürlich", daß in den Tagen solcher Generalversammlungen „auch der eine oder andere Verein, der mehr oder weniger als politischer angesehen werden könnte, eine Versammlung ansetzt", und gleich darauf erfolgt die naive Frage: „Wenn wirklich die Straßburger Generalversammlung zur Annäherung der politisch sich betätigenden elsaß-lothringischen Katholiken an die deutsche Zentrumspartei beitragen sollte, was für ein Unglück wäre denn das?" Hieran schließt das Blatt wieder wohlgemut die „Feststellung", es handle sich in Straßburg bloß darum, daß „die Katholiken ganz Deutschlands sich brüderlich die Hand reichten zur Bekräftigung der Gemeinschaft im Glauben und zur Pflege der geistigen, sittlichen und sozialen Güter, die wir dem Christentum verdanken". Wenn's also nach der „Germania" und ihren Gesinnungsgenossen geht, so ist der parteilose Charakter der ultramontanen Generalversammlungen wieder einmal „außer Zweifel gestellt". Für diejenigen aber, die nicht mit der ultramontanen Parteibrille bewaffnet sind, ist längst völlige Klarheit darüber geschaffen, wes Geistes Kinder die Elemente sind, die auf derartigen Zusammenkünften ihr Wesen treiben. Eine große, durch ihre Massenhaftigkeit imponierende parteipolitische Heerschau der „regierenden Partei" abzuhalten: das und nichts anderes ist der eigentliche Zweck der alljährlichen „Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands". Daß diese Auffassung zutrifft, haben angesehene Zeugen aus dem gegnerischen Lager selbst bestätigt. Im Vorjahre erklärten nämlich zwei hervorragende Mitglieder des bayrischen katholischen Adels öffentlich, ihnen sei die Teilnahme an den sogenannten Katholikentagen verleidet worden, weil diese im Laufe der Zeit aus ihrem früher lediglich dem katholisch-religiösen Interesse dienenden Wesen eine Umwandlung in rein politische ultramontane Parteiveranstaltungen erfahren hätten. Dem Wissenden genügt das!

Die Straßburger Tagung erhält überdies noch einen ganz besonderen politischen Beigeschmack durch den erstmaligen Einbruch in das Gebiet der Reichslande, den das Zentrum damit vollzieht. Als „epochemachend" wird sie deshalb in der Geschichte der Katholikenversammlungen in der ultramontanen Parteipresse bezeichnet. Und in der Tat, vom Zentrumsstandpunkte aus betrachtet, läßt sich nicht leugnen, daß der Vormarsch nach dem Elsaß eine sehr bedeutsame Entwicklungsphase der Partei darstellt, weil er dem Ultramontanismus einen neuen höchst ansehnlichen Machtzuwachs in den Schoß wirft. Diejenigen Elemente, die im Reichslande dieselben Bevölkerungskreise umfassen, wie sie in den übrigen Teilen des Reiches vom Zentrum beherrscht werden, werden dort als die „alten Protestler" bezeichnet und haben sich bis in die letzte Zeit hierin gegenüber dem reichsdeutschen Ultramontanismus so ablehnend verhalten, daß Herr Dr. Bachem und seine Getreuen dort keinen festen Fuß fassen konnten. In Lothringen sind die Verhältnisse auch jetzt noch im wesentlichen die gleichen geblieben, während die elsässischen Protestler infolge der französischen Kulturkampfpolitik angefangen hatten, sich mit dem Gedanken zu befreunden, daß sie ihre klerikalen Ziele besser als durch ein starrsinniges Festhalten an der Revanchepolitik durch einen Zusammenschluß mit dem deutschen Zentrum fördern könnten. Dieser Mauserungsprozeß hat inzwischen solche Fortschritte gemacht, daß die Straßburger Tagung als die parteioffizielle Besiegelung des vollen gegenseitigen Einvernehmens betrachtet werden darf. Die Zentrumspresse sucht daraus Kapital für das nationale Wohlverhalten der „regierenden Partei" zu schlagen, indem sie erklärt, die Straßburger Katholikenversammlung müsse „von jedem guten Deutschen ohne Unterschied der Konfession" freudig begrüßt werden, weil sie ein Symptom sei von der im Laufe der Jahre in der reichsländischen Bevölkerung vorgegangenen Gesinnungsänderung. Die deutschen nationalen Parteien werden sich aber durch solche berechneten Hinweise keinen Sand in die Augen streuen lassen. Sie wissen nur zu wohl, daß die nationale Zuverlässigkeit des Zentrums selbst mit zahlreichen Fragezeichen, Bedingungen und Klauseln versehen ist, die sich auf die von der Regierung jeweils gewährten „Gegenleistungen" beziehen, und daß die elsässischen Protestler in dem Zentrum nicht etwa einen Hort des deutschen Einheitsgedankens, sondern vielmehr eine Säule des Klerikalismus erblicken und daraus ihre Sympathien herleiten. Man braucht nur an die über alle Maßen nachgiebige, bis zur Würdelosigkeit getriebene Haltung des Zentrums gegenüber dem staatsfeindlichen Polentum zu denken, um sich aller etwaigen Zweifel über den eigentlichen Charakter der von unseren Ultramontanen betriebenen „nationalen Politik" zu entschlagen. Daraus ergibt sich zugleich der Maßstab, mit dem der Wert des protestlerischen Anschlusses an das Zentrum für die Weiterentwicklung des nationalen Gedankens in den Reichslanden gemessen werden muß.

Von den üblichen Ladenhütern wird in Straßburg auch die alljährliche Kirchenstaats-Resolution wieder hervorgeholt werden. Im vorigen Jahre waren die ultramontanen Heißsporne aus diesem Anlasse in einige Verlegenheit geraten, weil damals gerade verschiedene vatikan-offiziöse Kundgebungen ergingen, in denen sich Pius X. verblümt, aber doch deutlich für die Möglichkeit einer Preisgabe des hergebrachten unversöhnlichen Standpunktes in der Kirchenstaatsfrage aussprach oder, wie man jetzt wohl richtiger sagen muß, auszusprechen schien. Dadurch sahen sich die Drahtzieher auf dem vorjährigen Parteitage aus agitatorischen Gründen in die Notwendigkeit versetzt, ihrerseits päpstlicher als der Papst zu sein. Inzwischen aber hat Pius X., von der Jesuitenpartei in die Enge getrieben, seinen „rollenwidrigen Seitensprung" wieder gut gemacht, indem er in einem Erlasse neuesten Datums erklärt, daß er gar nicht daran denke, sich mit den Ereignissen des 20. September 1870 auszusöhnen, daß er vielmehr an den „territorialen Rückforderungen des heiligen Stuhles" unverändert festhalte. Nun kann also der heilige Vater in Rom den ultramontanen Kirchenstaatseiferern nicht wieder das Konzept verderben und dem schrankenlosen Ergusse ihrer „Begeisterung" für die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papsttums steht in Straßburg kein vatikanisches Hindernis mehr entgegen. Ob die Herren auch eine andere päpstliche Kundgebung, die vom Kaiser in seiner Gnesener Rede mitgeteilte Aeußerung Leos XIII.: „Ich gelobe und verspreche Ew. Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, sämtlicher Stämme und jedes Standes, daß sie stets treue Untertanen des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen sein werden!", zum Gegenstand ihrer Beratung und Beschlußfassung machen werden, darauf darf man gespannt sein.

Hervorragende Aufmerksamkeit in nationalen Kreisen verdient der soziale Ultramontanismus, wie er auf den Katholikentagen in pomphafter gleißender Machtentfaltung zur Schau getragen zu werden pflegt. Das Wesen und die Eigenart dieser umfassenden Organisation, in der die modernen Arbeiterkapläne regieren, die den ehemals vorherrschenden Fürstenbeichtvätern den Rang streitig gemacht haben, wird von Dr. Alexander Tille im 4. Hefte seiner im Verlage von Otto Elsner in Berlin erscheinenden „Sozialwirtschaftlichen Zeitfragen" in eingehenden, auf gründliche Sachkenntnis und reiches statistisches Material gestützten Darlegungen gekennzeichnet. Wenn man im ultramontanen Sinne politischen Erfolg haben wollte, so mußte man auf sozialem Gebiete gewerkschaftliche Organisationen schaffen, die völlig in der Hand des Klerus waren und an welche die Arbeiter durch hohe Beitragszahlungen gefesselt wurden. Deshalb spann der Ultramontanismus seit 1895 ein dichtes Netz von katholischen Arbeitervereinen über das Deutsche Reich aus, das von vornherein einzig dazu bestimmt war, in seinen Maschen die katholische Arbeiterschaft einzufangen, sie den Zielen und den Führern des Zentrums zu unterwerfen und sie mit geschlossenen Händen und Füßen als Machtmittel der Papstherrschaft zu benutzen. Der Verband dieser Vereine ist infolge der hartnäckigen auf ihn verwendeten Agitationsarbeit seit 1902 um jährlich 18 000 Mitglieder gewachsen. Neben den katholischen Arbeitervereinen, die ihrer Tendenz nach reine politische Wahlvereine sind, spinnt der soziale Ultramontanismus zurzeit noch ein viel engeres Netz von ihm ergebenen, mit neunmal höheren Grundbeiträgen arbeitenden Gewerkschaften über das Reich. Die ganze gewaltige Organisation bekennt in ihren publizistischen Organen sonder Scheu, daß „der Puls ihres Strebens in Rom schlägt", und ihre Leitung befindet sich ausschließlich in Priesterhänden. Das ist jener wohlberechnete, aufs genaueste geordnete soziale Mechanismus, der dem Zentrum bis jetzt eine so augenfällige Macht über die katholischen Arbeiterkreise gesichert hat, angesichts deren der Abgeordnete Dr. Bassermann bei den letzten Reichstagswahlen den Ausspruch tat: „Das Zentrum ist die einzige Partei, die zur Organisation kein Geld braucht, weil sie Kapläne hat, die ohne Geld organisieren." Der nationalliberale Führer vergaß dabei allerdings zu sagen, daß die Kapläne das erforderliche Geld zu ihrem Wirken von den Arbeitern selbst nehmen. Wenn nun demnächst die ultramontane Presse über den „dröhnenden Schritt der katholischen Arbeiter-Bataillone in Straßburg" frohlockt, dann sei das den nationalen Parteien ein Ansporn, auch ihrerseits alle organisatorischen Kräfte zur vollen Anspannung und Entfaltung zu bringen, weil darin eine wesentliche Vorbedingung des politischen Uebergewichts liegt.

Neueste Drahtmeldungen vom 16. August.

Deutsch-Südwestafrika.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der Nachschub von Truppen für Südwestafrika hat in der letzten Zeit die Presse lebhaft beschäftigt. Dabei ist zum Teil der Umfang der bereits bewirkten oder für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Transporte stark übertrieben. Zum Teil sind an die Aussendungen etatrechtliche Betrachtungen geknüpft worden, die zu dem Schlusse kamen, daß die jüngsten Transporte eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstags bedeuten. In beiden Punkten ist eine Klarstellung geboten. Wenn eine solche an dieser Stelle nicht sofort erfolgt ist, so beruht das darauf, daß der Reichskanzler die budgetrechtlichen Einwendungen gegen die neuesten Truppenaussendungen zum Anlaß genommen hat, eine genaue und alle Einzelheiten der verwickelten Materie umfassende Nachprüfung der gesamten bisherigen budgetären Behandlung des Truppen-Nachschubs für Südwestafrika anzuordnen. Was zunächst die effektive Höhe der im Laufe des Etatjahres bereits bewirkten und bisher in Aussicht genommenen weiteren Transporte anlangt, so gehören alle Mitteilungen, die von einer irgend erheblichen Verstärkung der im Felde stehenden Truppen sprechen — einzelne Blätter behaupten, eine beabsichtigte Verstärkung um 5000 Mann — in das Reich der Fabel. Die Regierung war und bleibt im Gegenteil ernstlich bemüht, die Truppenaussendungen innerhalb des Rahmens der von den gesetzgebenden Körperschaften ausgesprochenen Bedingungen zu halten; nur dann würde sie davon abweichen, wenn und soweit der Gang der Ereignisse in Südwestafrika es gebieterisch erfordern sollte. Keinesfalls aber würde sie zu einer derartigen Maßnahme schreiten, ohne sich der vorherigen Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften vergewissert zu haben. In dieser Beziehung hat der Reichskanzler aus Anlaß der Indemnitäts-Debatte bei der Beratung des zweiten Nachtrags-Etats für 1904 an die beteiligten Ressorts die strengsten Anweisungen gegeben. Das offiziöse Blatt fügt hieran eine genaue Darlegung der bisher erfolgten Truppensendungen, um zu beweisen, daß in der Tat der Rahmen der durch den Etat für 1905 erfolgten Bewilligungen bei den bisher bewirkten und weiterhin in Aussicht genommenen Transporten noch nicht überschritten worden sei.

Russisch-japanischer Krieg.

Petersburg. General Linewitsch telegraphiert unterm 14. ds.: Am 13. August beschossen japanische Torpedoboote Lazarewo. Ihre Versuche, Truppen zu landen, sind zurückgewiesen worden. Nach Berichten aus Korea ging am 5. August eine japanische Abteilung von Kopungjan aus gegen eine bei Tschakeri stehende russische Abteilung vor, wurde aber durch Gewehrfeuer zurückgeworfen. Die Offensive des Feindes wurde am 6. und 7. August erneuert, jedoch zurückgeworfen. Gleichzeitig gingen die Japaner gegen eine andere russische Abteilung vor, wurden aber zurückgeworfen. Die Japaner flohen und ließen eine Anzahl Tote, sowie weggeworfene Munition zurück. Am 10. August fand ein Kampf bei Onghi statt. Die russische Abteilung ging zum Angriff über, trieb die Japaner in südlicher Richtung zurück und erbeutete Waffen und Munition. — In einem zweiten Telegramm meldet Linewitsch: Nach Berichten aus Korea haben die Russen nach schwerem Kampfe das Dorf Kopungjan besetzt. Das Gewehrfeuer bei Lazarewo hörte am Morgen des 13. August auf. Die japanischen Torpedoboote haben sich entfernt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Nächster Tage gehen das 13. Armeekorps und zwei Artillerie-Brigaden nach der Mandschurei ab.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Zwei Batterien mit Geschützen neuester Konstruktion, sowie mit Schutzschildern versehen, sind nach der Mandschurei abgegangen.

Zu den Friedensverhandlungen.

Portsmouth. (Priv.-Tel.) Der Eindruck von dem Fortgang der Beratungen ist am Schlusse des heutigen Tages im allgemeinen wenig günstig. Man nimmt jetzt als sicher an, daß die Konferenz von einer endgültigen Erörterung des auf Sachalin bezüglichen Punktes Abstand nahm und zu anderen Gegenständen überging mit dem Bewußtsein, daß an jener Frage schließlich doch die Einigung scheitern werde. Man begegnet hier auch der Ansicht, daß es den Russen nur darum zu tun sei, über das Mindestmaß der japanischen Forderungen ins Klare zu kommen, während sie im Ernste gar keinen Frieden anstrebten. Demgegenüber macht ein Gewährsmann, der mit dem Gange der Verhandlungen wohlvertraut ist, Andeutungen in hoffnungsvollem Sinne. Die Frage der ostchinesischen Bahn sei noch nicht entschieden. Rußland sei geneigt, die Forderung einer Kriegskosten-Entschädigung immerhin in die Diskussion zu ziehen, wünsche aber diesen Punkt nebst der definitiven Beratung über Sachalin an letzter Stelle zu verhandeln. Der Inhalt und die Gruppierung der weiter zu beratenden Punkte ist bisher nicht bekannt.

Paris. (Priv.-Tel.) Aus Oysterbay meldet der „Matin", die Anwesenheit der hervorragendsten Newyorker Bankiers in Portsmouth wegen Beratungen mit Herrn v. Witte gelte als Beweis dafür, daß Rußland trotz aller gegenteiliger Versicherung geneigt sei, eine Kriegsentschädigung an Japan zu zahlen.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der Zar fuhr am 10. August mit seiner Gemahlin von Zarskoje Selo auf einem Automobil nach Tatschina. Unterwegs geriet das Automobil in eine Kuhherde. Der Hirt wurde in den Straßengraben geschleudert. Der Zar ließ anhalten und half dem Hirten aus dem Graben.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Ein Vorfall in der russischen Marine wirft ein grelles Licht auf die Disziplinlosigkeit unter den russischen Offizieren. Der Marineminister hatte vor einiger Zeit dem Oberkommandierenden des Kronstädter Hafens und Vorsitzenden des Kronstädter Kriegsgerichts, Generalleutnant Selenn, den Befehl erteilt, unverzüglich nach Libau zu den Verhandlungen gegen die Meuterer des Panzerschiffes „Imperator Alexander III." zu reisen. General Selenn leistete dem Befehl jedoch nicht sofortige Folge.

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** trocken-füttrung Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzner Str. 79/81